

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



GREENPEACE



An den Parteivorsitzenden der SPD  
**Herrn Kurt Beck**  
Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin

Bonn, 18. Januar 2007

### **Offener Brief an Kurt Beck**

*Vorab per Fax: 030-25991-293*

Sehr geehrter Herr Beck,

die Europäische Kommission hat den Entwurf der Bundesregierung für den zweiten Nationalen Emissionshandels-Allokationsplan abgelehnt und verlangt eine Reduzierung der Emissionen auf 453 Millionen Tonnen und die Streichung der langen Laufzeiten für Kraftwerke ohne Emissionsminderungen. Sie haben daraufhin Bundeskanzlerin Merkel aufgefordert, gegen diese Entscheidung der Kommission zu klagen.

Mit diesem Vorstoß stellen Sie die Glaubwürdigkeit nicht nur der sozialdemokratischen, sondern der gesamten deutschen Klimapolitik in Frage.

Während die Bundesregierung angesichts der alarmierenden Meldungen über die – ökologischen wie wirtschaftlichen – Folgen des Klimawandels den Klimaschutz zu einem Schwerpunkt ihrer Präsidentschaft in der EU und G8 erklärt hat, würde die Umsetzung Ihrer Forderung dazu führen, die deutsche Vorreiterrolle im Klimaschutz aufzugeben und zum Bremser zu werden. Dies ist aber gerade während der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft die falsche Devise angesichts der Gefahren des Klimawandels und der großen Chancen einer aktiven Klimaschutzpolitik.

Die deutsche Industrie hat der Bundesregierung in der Klimaschutzvereinbarung aus dem Jahr 2001 zugesagt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2010 um 45 Millionen Tonnen zu reduzieren. Die Zielsetzung der EU-Kommission erlaubt rund 12 Mio t mehr Emissionen als die Industrie versprochen hat, ist also keinesfalls eine Überforderung.

Deutschland hat sich völkerrechtlich im einstimmig vom Bundestag ratifizierten Kyoto-Protokoll und im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems verpflichtet, seine Emissionen von 1990 bis 2012 um 21% zu reduzieren. Wie diese Reduktionsverpflichtung innerhalb der verschiedenen Wirtschaftssektoren verteilt wird, ist eine politische und letztlich eine soziale Frage. Vom Emissionshandelssystem betroffen sind direkt nur industrielle Großverbraucher. Je weniger Reduktionsverpflichtungen innerhalb des Emissionshandelssystems, also von der Großindustrie, erbracht werden müssen, desto mehr müssen Haushalte und Kleinverbraucher – vor allem im Gebäude und Verkehrsbereich - erbringen.

Das ist die unsoziale Konsequenz Ihrer Forderung: Wenn die Strom- und Chemiekonzerne mehr Emissionsrechte bekommen sollen, müssen private Haushalte und die Kleinverbraucher für die erforderlichen Emissionsreduktionen aufkommen - es sei denn, man schreibt den Klimaschutz ganz ab und reduziert die Emissionen nicht. Dies hieße vor allem den Entwicklungsländern und künftigen Generationen die Folgen unseres ungezügelten Ausstoßes von Treibhausgasen aufzubürden.

Auch beim Klimaschutz dürfen die Großkonzerne nicht auf Kosten der Allgemeinheit geschont werden. Dass ausgerechnet der SPD-Vorsitzende einen solchen Vorstoß macht, dürfte in der Öffentlichkeit und unter der Wählerschaft Ihrer Partei schwer zu vermitteln sein.

Wir fordern Sie daher nachdrücklich auf, die Zielmarke 453 Millionen Tonnen und die Streichung der Sonderregelungen im Nationalen Allokationsplan zu akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen

**Angelika Zahrt**  
Vorsitzende des BUND

**Laura Ehling**  
Bundesjugendsprecherin der  
BUNDjugend

**Hubert Weinzierl**  
Präsident des Deutschen  
Naturschutzrings e.V.

**Jürgen Maier**  
Geschäftsführer des Forums  
Umwelt & Entwicklung

**Klaus Milke**  
Vorsitzender von  
Germanwatch

**Stefan Schurig**  
Leiter der Klima- und Energieabteilung,  
Greenpeace Deutschland e.V.

**Wolfgang Ehrenlechner**  
Vorsitzender der Katholischen  
Landjugendbewegung  
Deutschland (KLJB)

**Leif Miller**  
Geschäftsführer  
des NABU

**Klaus-Henning Groth**  
Geschäftsleitung des WWF